

An die Deutschschweizer  
Medien

Bern, 28. August 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Beiliegend senden wir Ihnen noch einmal die Einladung zur Pressekonferenz des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die beiden Atom-Initiativen, welche am Montag, den 3. September 1990, in Bern stattfinden wird.

Im Pressedienst finden Sie diese Woche folgende Beiträge zu Ihrer freien Verwendung:

1. Karikatur

2. Der 23. September muss uns bewegen!

Von FDP-Nationalrat Rolf Büttiker, Wolfwil (SO)

3. Ohne Kernenergie keine Versorgungssicherheit

Von SVP-Nationalrat Theo Fischer, Häggingen (AG)

4. Strom ist das ganze Leben

Von Anton Stadelmann

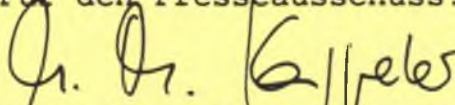
5. Für den Ausstieg noch keine Alternative

Von Paul Ehinger

6. Stomfunken

Der Abstimmungstermin rückt näher. In den vergangenen Wochen ist sichtbar geworden, wie abhängig die Energieversorgung von der internationalen Politik ist. Das Schweizerische Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen möchte nicht, dass die Schweiz mehr als nötig vom Ausland abhängig ist. Eine eigene Energieversorgung bleibt daher ein dringliches Anliegen. Unterstützen Sie uns, damit auch diese Ansicht an die Öffentlichkeit gelangt!

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Presseausschuss:

  
Anna-Marie Kappeler

Beilage erwähnt

KKW IN DER SCHWEIZ? ÜBERFLÜSSIG!  
SOLANGE WIR PROBLEMLOS UND  
SICHER ÖL AUS ARABIEN... NANU?



# Der 23. September muss uns bewegen!

von FdP-Nationalrat Rolf Büttiker, Wolfwil (SO)

**Wer weiss es noch nicht? Am kommenden 23. September stimmen wir über den Energieverfassungsartikel und über die beiden Atominitiativen, die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative, ab. Damit könnten wir zur Tagesordnung übergehen, wenn an dieser Abstimmung nicht auch über die Zukunft unserer gesellschaftlichen Wohlfahrt, unserer liberalen Wirtschaft, unserer föderalistischen Staatsstruktur, unserer Umweltschutzbestrebungen und unserer internationalen Solidarität mitzuentcheiden wäre.**

## Schwerwiegende Folgen

Die Folgen der Annahme einer oder sogar beider Antiatominitiativen hat uns die Expertengruppe Energieszenarien (EGES) klar und deutlich vorgerechnet: Die Kernenergie müsste durch neue einschneidende Vorschriften - Stromsparen bis 55 %, drastische Tarifierhöhungen, 10 % Energiesteuer -, durch ein Heer neuer Beamter, im Klartext durch den Energievogt und durch Energiesparfischen abgelöst werden. Das Werk der EGES zeigt unmissverständlich auf, dass nach einer Absage an die Kernenergie mit ernsthaften Problemen in Betrieben, Branchen und für deren Arbeitsplätze zu rechnen wäre. Ein "Aha-Effekt" nach einer missglückten Abstimmung ist nicht nötig, die Fakten liegen offen auf dem Tisch.

Unser Wohlstand beruht weitgehend darauf, dass unsere Industrieprodukte und Dienstleistungen im Ausland gefragt sind. Ein wichtiger Schlüssel für die Erstellung dieser Leistungen ist die Energie, im besonderen die Elektrizität. Unsere Auslandabhängigkeit im Energiebereich macht unseren Wohlstand aber verletzlich. Rund 90 % der Energie muss importiert werden, zwei Drittel ist allein der Anteil des Erdöls. Experimente mit der Energieversorgung schlagen durch, sie greifen an das Lebendige. Das Beispiel Irak - Kuwait ist nur eine relativ harmlose Lektion.

Die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative greifen nach unserer Stromversorgung: 40 % der Elektrizität stehen heute zur Diskussion. Im letzten Winter waren es zeitweise über 60 % des Strombedarfs, der durch Kernkraftwerke gedeckt werden musste. Damit ist unsere Schlüsselenergie angesprochen; denn 70 % der elektrischen Energie wird in Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Verkehr eingesetzt. Energie wird schon heute gespart - auch Strom, doch unser Stromverbrauch wird auch in den nächsten Jahren zunehmen, zum Zweck einer gesamtwirtschaftlich befriedigenden Entwicklung mit weiteren Rationalisierungen im Dienstleistungssektor, mit der weiteren Förderung des öffentlichen Verkehrs. Diese zweifellos notwendigen Entwicklungen sind ohne zusätzlichen Strom nicht realistisch vorstellbar.

## Kernenergie gehört in die Industriegewelt

Oeffnen wir den Horizont weiter: Die weltweite Bevölkerungsexplosion, die Armut, die Klimakatastrophe belasten den Weltfrieden mehr als alles andere; sie setzen auch für uns Prioritäten. Die Lösungen erfordern intensive Anstrengungen und vor allem Solidarität, die zur Verfügung stehenden Mittel sind knapp und begrenzt. Primär ist die Energie rationell einzusetzen und die CO<sub>2</sub>-Belastung zu vermindern. Internationale Zusammenarbeit ist gefragt, wobei jede Entwicklungsstufe sich eben der ihr angemessenen Energieform zu bedienen hat. Die technisch anspruchsvolle und kompakte Kernenergie gehört in die Industriegewelt, die fossilen Brennstoffe müssen der Dritten Welt mit ihrer mittleren Technologie zugestanden werden. Die optimale Verteilung der vorhandenen Ressourcen unterstützt die Entscheidungsfreiheit der Völker und Staaten. Zu unserer Entscheidungsfreiheit gehört das Offenhalten der Option Kernenergie. Dafür ist eine kohärente liberale Energiepolitik eine unabdingbare Voraussetzung.

Der Energieverfassungartikel ist in der Lage, unserer nationalen Energiepolitik die Leitlinie für eine föderalistische und marktwirtschaftliche Energieversorgung zu geben. Wir haben im Parlament in Bern für diese homogene Leitlinie gekämpft. Alle Energien sollen im Rahmen unseres Demokratieverständnisses rationell und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Dafür wollen wir einstehen. Der Energieartikel ist die Weichenstellung dazu.

**Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative wollen die Energieversorgung unter staatlichen Zwang nehmen.**

**Wir brauchen aber eher 1'000 neue Megawatt als 1'000 neue Vorschriften und 1'000 neue Beamte!**

Ohne Kernenergie keine Versorgungssicherheit  
Von SVP-Nationalrat Theo Fischer (Häggingen/AG)

Die beiden am 23. September zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen haben beide das gleiche Ziel: Ausstieg aus der Kernenergie. Die Ausstiegsinitiative will dieses Ziel dadurch erreichen, dass die bestehenden Anlagen nicht mehr erneuert werden dürfen. Zudem sollen sie unter Verzicht auf den Bau von neuen Werken möglichst rasch stillgelegt werden. Die Moratoriumsinitiative will dagegen angeblich nur eine Denkpause einschalten, indem während zehn Jahren keine Bewilligungen für neue Kernkraftwerke oder Heizreaktoren erteilt werden dürften. Dies bedeutet konkret zehn Jahre Unsicherheit, während denen wohl kaum eine Elektrizitätsgesellschaft sich an die Projektierung eines neuen Werkes wagen dürfte. Was zur Folge hätte, dass in den nächsten 20 bis 30 Jahren keine neuen Produktionsanlagen erstellt werden könnten. Damit verbunden wäre auch eine zehnjährige, unfruchtbare Diskussion über den einzuschlagenden Weg in der Energiepolitik. Wir stellen fest, dass wir bereits seit über zehn Jahren ein faktisches Moratorium haben. In dieser Zeit sind wir in der Energiepolitik keinen Schritt weiter gekommen. Trotz der vielen Vorschläge, Diskussionen und Studien ist es nicht gelungen, einen Konsens in der Energiepolitik zu erreichen. Wir haben uns in diesen über zehn Jahren lediglich in eine beängstigende Auslandabhängigkeit hineinmanöveriert und wertvolles Know-how verloren.

Der Energiebedarf steigt weiter

Die Ausgangslage ist eigentlich klar. Der Energiebedarf wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Es bringt wenig, den Kopf in den Sand zu stecken und mit utopischen, nicht realisierbaren Vorschlägen so zu tun, als ob der Stromverbrauch drastisch eingeschränkt werden könnte. Die Schweiz ist ein hochindustrialisiertes Land mit einem beachtlichen Wirtschaftswachstum, das auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Die Bevölkerung nimmt pro Jahr im Schnitt um 30'000 Menschen zu. Der Uebergang zu neuen Technologien, insbesondere in den Bereichen Informatik und Kommunikation, ist mit einer Steigerung des Bedarfs an elektrischer Energie verbunden. Dazu kommt der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Auch viele Umweltschutzmassnahmen können nur mit dem Einsatz von zusätzlicher elektrischer Energie verwirklicht werden. Wegen des weltweit zu beobachtenden Treibhauseffektes lautet zudem das oberste Gebot der Umweltschutzpolitik, die fossilen Energieträger durch umweltschonende zu ersetzen.

### Wenig Alternativen zur Kernenergie

Welche Möglichkeiten stehen uns denn eigentlich zur Verfügung, um diesen zusätzlichen Energiebedarf zu decken? Die Auswahl ist viel kleiner, als wir denken. Im Vordergrund stehen Sparmassnahmen, der rationellere Energieeinsatz und eine effizientere Energiegewinnung, insbesondere bei den bestehenden Wasserkraftwerken. Hier liegt sicher noch Potential brach. Auf diesem Gebiet sind die Anstrengungen zu verstärken. Aber auch hier ist vor Illusionen zu warnen. Es braucht ausserordentlich grosse Anstrengungen, um die vom Bundesrat anvisierten Einsparungen zu erreichen. Dabei sind nur realistische und durchführbare Energieszenarien ins Auge zu fassen. Wunschvorstellungen über eine staatlich verordnete neue Gesellschaft führen höchstens in eine Sackgasse.

Im weiteren bietet sich die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energiequellen an. Windenergie, Sonnenenergie und Biomasse sind sehr wertvolle Energiequellen. Sie haben aber den Nachteil, dass ihre Energiedichte sehr gering ist. So wertvoll diese Energieformen auch sind, sie bilden realistisch betrachtet keine Alternative zur Kernenergie oder zu fossil befeuerten Kraftwerken. Die wertvollste und umweltverträglichste Energiequelle, die Wasserkraft, lässt sich in der Schweiz kaum mehr ausbauen. Hier stehen die Produktionssteigerung bestehender Anlagen und die Realisierung einiger kleinen, aus der Sicht des Landschaftsschutzes vertretbarer Werke im Vordergrund. Aber auch hier sind Kräfte am Werk, dies zu verhindern.

### Auslandabhängigkeit wird immer grösser

Bei einer Annahme der Initiativen stellt sich neben dem geschilderten Problem des zusätzlichen Energiebedarfs im weiteren die Frage, wie die 41 Prozent der schweizerischen Stromerzeugung zu ersetzen sind, die bisher von den Kernkraftwerken abgedeckt wurden. Für die Beurteilung unserer Stromversorgung ist bekanntlich das Winterhalbjahr massgebend. Ohne Kernkraftwerke hätten uns in den letzten Winterhalbjahren stets zwischen 40 und 50 Prozent der Elektrizität gefehlt. Im letzten, überdurchschnittlich warmen Winter mussten trotz hoher Produktion unserer eigenen Kernkraftwerke 7 Prozent des Landesverbrauchs eingeführt werden. In den letzten Jahren hat der Stromverbrauch jährlich um rund 3 Prozent zugenommen. Das bedeutet, dass alle fünf Jahre ein neues Elektrizitätswerk in der Grössenordnung des KKW Leibstadt in Betrieb genommen werden müsste. Da vorläufig in der Schweiz keine neuen Werke ans Netz angeschlossen werden können, hat unsere Elektrizitätswirtschaft Bezugsmöglichkeiten im benachbarten Frankreich gesichert. Bis ins Jahr 2000 wird die Schweiz in Frankreich zweieinhalb grosse Kernkraftwerke "erworben" haben. Kaiseraugst und Graben sind also für die schweizerische Versorgung schon erstellt. Einfach nicht in der Schweiz, sondern in Frankreich. Im Jahr 2000 decken zum Beispiel die SBB gut 30 Prozent ihres Strombedarfs aus den Beteiligungen an französischen Kernkraftwerken.

Ist es wirklich sinnvoll, den Bau von Werken in der Schweiz zu verwehren und dafür Strom aus Kernkraftwerken in Frankreich zu

beziehen? Wohl kaum. Die Abhängigkeit vom Ausland wird immer grösser und wir haben weder Einfluss auf die Preisgestaltung noch auf die Sicherheitsvorschriften. Längerfristig ist in Europa mit einer Energieknappheit zu rechnen. Dann wären wir sehr froh, wir hätten genügend eigenen Strom. Bei einer Annahme der Initiativen wird die Auslandsabhängigkeit nochmals stark zunehmen. Es ist heuchlerisch und unehrlich, aus Sicherheitsbedenken den Bau von Kernkraftwerken im eigenen Land zu bekämpfen und dafür Strom aus französischen Kernkraftanlagen zu beziehen.

#### Oekologisch sinnvoll und ethisch verantwortbar

Eine emotionsfreie Beurteilung zeigt im weiteren, dass die Kernenergie nach wie vor zu den umweltfreundlichsten und sichersten Energieformen zählt. Zwar birgt der Betrieb von Kernkraftwerken gewisse Risiken in sich. Aber diese sind verantwortbar, wenn die notwendigen baulichen und betrieblichen Vorkehrungen getroffen wurden. Die westlichen Länder und insbesondere die Schweiz kennen sehr strenge Sicherheitsvorkehrungen. Darum stimmt auch der von den Kernenergiegegnern immer wieder vorgetragene Spruch "Tschernobyl ist überall" nicht. Es ist an uns, die Technik und die Sicherheitsvorkehrungen immer wieder den neusten Erkenntnissen anzupassen.

Eine massvolle Nutzung der Kernenergie ist ökologisch sinnvoll und ethisch verantwortbar. Die Gutheissung der Initiativen würde uns auf Jahrzehnte hinaus die Hände binden und unseren Handlungsspielraum in der Energiepolitik gewaltig einengen. Diesen Handlungsspielraum brauchen wir jedoch auch in Zukunft, denn die Entwicklung der Kerntechnologie geht weltweit weiter. Diesen Handlungsspielraum brauchen wir aber auch, um unsere Stromversorgung möglichst auslandsunabhängig und breitgefächert zu gestalten und zu sichern. Verbauen wir uns aus momentanen Emotionen heraus nicht die Zukunft und stimmen wir am 23. September zweimal Nein zu den Atominitiativen.

## "Strom ist das ganze Leben"

"Strom ist das ganze Leben" oder etwas moderater "Strom für das ganze Leben" propagiert der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE). Dieser Slogan ist auf harte Kritik und lauten Protest der Kernenergiegegner gestossen. Mit Blick auf die September-Abstimmung über die beiden Atominitiativen verlangen sie von unserem Energieminister Bundesrat Adolf Ogi nicht weniger als ein Verbot dieses Werbespots am Fernsehen und für die Elektrizitätswerke einen Maulkorb. Handelte es sich bei den Kritikern nicht um jene rot-grünen Kreise, die bei jeder Kritik an ihrer eigenen, nicht sehr zimperlichen Propaganda lauthals aufschreien und mimosenhaft reagieren, würde man ihren Einspruch wortlos als reine Abstimmungspropaganda abtun. Weil sie für sich selber aber anderes Recht fordern, als für ihre politischen Gegner, bleibt doch einiges zu sagen.

Die Energiewirtschaft, damit auch die Elektrizitätswirtschaft, gehört zur Wirtschaft unserer Industriegesellschaft. Sie teilt deren Strukturen, sie entwickelt sich im Wettbewerb, strebt kostendeckende Preise an, schafft Reserven für Unterhalt und Ausbau, erforscht neue technologische Möglichkeiten. Das alles trotz erschwerender Auflagen seitens der Politik. Ihr kommt aber auch innerhalb der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu, hängt doch der gesamte industrielle Produktionsprozess von ihr ab.

Energie ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Bereiche des menschlichen Lebens ein elementares, notwendiges Gut. Die Gesellschaft hat deshalb einen Anspruch auf die Produktion der Energiewirtschaft, auf "Versorgung" mit lebenswichtiger Energie. Auch auf die Versorgung mit lebenswichtigem Strom. Der Bonner Philosophieprofessor Dr. Wolfgang Kluxen umschrieb es am 12. "energie"-Workshop im deutschen Braunlage im November 1989 so: "Versorgung (mit Energie) im Sinne des gerechten Anspruchs ist nicht nur ökonomisch, sondern auch sozialetisch Sinn und Ziel der Energiewirtschaft - wenn man will, ihr 'oberster Wert'." Die Gegnerschaft der Kernenergie und die Massenmedien rief er auf, ihre "übersteigerte, irrational grassierende Strahlenfurcht aufzugeben, weil die Einlösung des gerechten Anspruchs auf Versorgung es unmöglich macht, die Möglichkeiten der Nukleartechnik auszuschliessen."

Was hier ein Philosoph und Wissenschaftler formulierte, darf aktualitätsbezogen wohl in den Appell ausmünden, die zwei Atominitiativen, deren Annahme unsere Stromversorgung gefährden würde, abzulehnen. Denn tatsächlich geht es um Lebenswichtiges: "Strom ist Leben!"

Anton Stadelmann



## Für den Ausstieg noch keine Alternativen

Den Stimmberechtigten wird empfohlen, am 23. September für den Energieartikel und gegen die beiden Atominitiativen zu stimmen. Denn ein Ausstieg aus der Kernenergie ist erst dann zu verantworten, wenn gleichwertige Alternativenergien zur Verfügung stehen. Soweit sind wir aber in der Schweiz leider noch nicht. Die Alternativenergien sind vorläufig immer noch zuwenig wirtschaftlich. Aber ohne Atomstrom müsste sich die Schweiz in eine Abhängigkeit gegenüber dem Ausland begeben, die nicht mehr verantwortbar wäre.

Die Energiepolitik der Schweiz muss auch in Zukunft getragen werden von der Strategie der Erhaltung eines breiten Handlungsspielraumes. Nur so können wir den Energiebedarf decken und gleichzeitig nach notwendigen Alternativen suchen. Nur so können wir auch dem Leitbild "Sparen und Substituieren" nachkommen. Und deshalb muss zunächst die Option "Kernenergie" aufrechterhalten werden, zumal derzeit 40 Prozent des in der Schweiz konsumierten Stroms von Kernkraftwerken stammen. Ein totaler Ausstieg aus dem Atomstrom oder ein Moratorium würden einzig den Import-Überschuss unseres Landes erhöhen. Die Schweiz verfügt zum heutigen Zeitpunkt nicht über genügend Ersatzenergien, die erneuerbar und aus wirtschaftlicher Sicht interessant sind. Wir wissen ja, dass das Wachstumspotential der Wasserkraft beinahe ausgeschöpft ist.

### Der Aspekt der Solidarität

Die Schweiz muss auch auf die Kernenergie setzen, wenn sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen will. Insbesondere gilt es in diesem Zusammenhang den Aspekt der Solidarität zu beachten. Es ist eigentlich interessant, dass ausgerechnet jene Kreise, welche die Initiativen unterstützen, üblicherweise den Begriff Solidarität gerne in den Mund nehmen und oft so tun, als ob sie allein fähig wären, solidarisch zu denken und zu handeln. Doch bei der Energie, wie übrigens auch bei umweltschutz- oder sozialpolitischen Fragen, gilt die Solidarität nichts mehr. Gerade aber auch in der Energiepolitik ist unser Land aufgerufen, in Europa ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde zweifellos als eine Desolidarisierung in der europäischen und globalen Energiepolitik aufgefasst.

Oekonomische Aspekte

Nur mit der bisher eingeschlagenen Richtung kann eine aktive und wirksame Energiepolitik betrieben werden, die ein quantitatives und qualitatives Wirtschaftswachstum ermöglicht. Dieses wiederum ist nötig, wenn die Probleme in Europa und auf der ganzen Welt gelöst werden sollten.

Die Energie ist der Lebensnerv jeder modernen Industriegesellschaft. Ein Verzicht auf Kernenergie in der Schweiz wäre deshalb unverantwortlich. Die Ereignisse am Arabischen Golf zeigen an, dass ein Energiedefizit schwerwiegende Folgen für die Schweizer Wirtschaft aber noch viel mehr für die Dritte Welt haben könnte. Falls die Oelpreise auf dem momentanen Stand bleiben oder gar weiter ansteigen, muss mit negativen Auswirkungen auf das weltweite Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und die Inflation gerechnet werden.

Aus all diesen Gründen plädiere ich für die Annahme des Energieartikels und die Ablehnung der Atominitiativen am 23. September.

Dr. Paul Ehinger

Feuilleton

## Strom-Funken

\* Mein Nachbar versteht die politische Welt nicht mehr. Entweder operieren die Initianten der Atominitiativen mit falschen Zahlen - oder er hat sich übers Ohr hauen lassen. Laut neuestem Flugblatt soll nämlich der ausfallende Atomstrom zu 20 Prozent mit Solar- und Windenergie ersetzt werden. Was meinen Nachbarn dazu veranlasste, seinen Garten mit einer Windgenerator-Anlage und sein Dach mit Solar-Panels zu verzieren. Dies hat ihm nun doppelten Aerger eingebracht. Erstens haben zahlreiche Anwohner den Lärm des "Windredlis" bemängelt, zum anderen hat der Heimatschutz Bedenken gegen die in der Sonne gleissenden Solar-Panels erhoben. Sie seien scheinets nicht mit dem Dorfbild vereinbar.

Zu allem Aerger kommen nun noch die Zweifel: Mein Nachbar fragt sich nach zwei Monaten (Sommer-) Betrieb ernsthaft, wie die Atom-Initianten wohl auf ihre 20 Prozent kommen. Bei ihm waren's bis jetzt immer höchstens eineinhalb... Ganz zu schweigen von der Energie, die sein Kampf mit der Bürokratie verschlang.

\* Mittels Leserbriefkampagne wollen die Initianten der beiden Atominitiativen dem Schweizervolk nun klarmachen, dass das Endlagerproblem für radioaktive Abfälle nicht gelöst sei. Sie verschweigen dabei wohlweisslich, dass das "Problem" technisch durchaus gelöst ist, dass aber ausgerechnet sie selber sich mit allen möglichen (und unmöglichen) Mitteln auf der politischen Ebene gegen die Probebohrungen einsetzen. Das ist etwa das Gleiche, wie wenn man den Feuerwehrautos im Dienst auf politischer Ebene das Blaulicht verbietet und dann moniert, sie hätten an Kreuzungen keine Vorfahrt, weil sie kein Blaulicht hätten...

\* A propos Abstimmungspropaganda: Gemäss "Tagi" hat ein Komitee "Strom ohne Atom" in seinem Abstimmungsprospekt auch vor Tschernobyl nicht haltgemacht. Eher peinlich ist dabei der Umstand, dass man im Rechnen offenbar schwächer ist, als im Verbreiten von unbegründeter Angst: So soll laut diesem Prospekt die Umgebung der russischen Stadt "auf 70'000 Quadratmetern, einem Gebiet fast zweimal so gross wie die Schweiz..." verseucht sein. Die Schweiz hätte dannzumal gemäss Strübi's Rechnungsbüchlein eine Grundfläche von 35 mal 1000 Metern. Wen verwundert's da noch, dass die "böse, böse Atomlobby" etwa technischen Gutachten aus gleicher Küche eher kritisch gegenübersteht?

\* Auch die Basler, sonst beim Thema Kernenergie immer mit der grossen Klappe präsent, kochen nur mit Wasser. Respektive ihr Wasser meist mit Strom. Im atomstromfeindlichen Basel hat der Stromverbrauch im letzten Jahr um 1,3 Prozent zugenommen. Die Elektrizitätsversorgung hat dabei mit einem Gewinn von fast 31 Millionen Franken abgeschlossen. Und den Baslern Gas und Wasser tüchtig subventioniert. Und dies alles trotz der bösen, bösen Elektrizitätswirtschaft!!!

\* Auch beim Radio scheint man langsam aber sicher zu realisieren, dass nicht alles, was gerade "in" ist, auch richtig ist. Chef Information Marco Färber jedenfalls hat zwei Berichte über das "Tschernobyl-Reisli" linker Parlamentarier vorderhand auf Eis gelegt. Insider sprechen hinter vorgehaltener Hand von "Angstmacherei" und "emotionellem Wischwasch ohne informativen Inhalt". Damit hebt sich Radio DRS für einmal wohltuend von vielen, sogenannten unabhängigen und liberalen Forumszeitungen ab.

\* Wer zieht ihn letztendlich, den Schwarzen Peter? Das beliebte Kinderspiel hat eine neue Variante. Geeignet für mindestens vier Spieler, herausgegeben im Co-Verlag vom Bundesrat, der KKW Graben AG, der Berner Regierung und dem Berner Grossen Rat. Die Spielregeln werden derzeit vom Bundesgericht überarbeitet. Unser Spieltip: Amüsant. Spielwert: Hoch, schafft jedoch keine neue Energie, verbraucht nur alte. Viel Spass beim Spielen!

\* Einen echten Beitrag zum (persönlichen) Energiesparen liefert das "Reformierte Forum". Helmut Kaiser kommt darin zum Schluss: "Mehr Energie bedeutet also weniger Lebensqualität". Wo nun da der Energiespareffekt liegt? Ganz einfach: Dank des Hinweises, H. K. sei vor seiner jetzigen Mission als Gemeindepfarrer von Spiez zuvor längere Zeit beim Sozialethischen Institut tätig gewesen, kann sich der Kenner der Szene das Lesen des dreiseitigen Sermons ersparen. Er erspart sich damit auch einen ermüdenden Kampf gegen rhetorisch-religiöse Platitüden. Wenn Kaiser predigt, wie er schreibt, sollte man seine Predigten zum Heizen verwenden: Nichts als teuer verkaufte, warme Luft. Pffffft.....

\* Wess Brot ich ess - dess Lied ich sing. Scheint sich die Basler Presse zu sagen. So titelt etwa die BaZ: "Ohne Oel stehen sie still - die Räder." Vergeblich sucht man im betreffenden Artikel einen Hinweis auf den Strom, auf den wir ab 23. September "freiwillig" verzichten sollen. Und ohne den sie auch still stehen - die Räder. Auch diejenigen im schönen neuen BaZ-Druckzentrum.

\* Die Poch Zürich hat sich nach jahrelangem Serbeln (endlich) selber beerdigt. Sie hinterlässt aber ein schweres Erbe: Ihr Mitwirken an zahlreichen noch hängigen, linken Initiativen bleibt bestehen. Beispiel Atominitiativen. Bleibt nur zu hoffen, dass diese ihr mit - Originalton Tagi - "relativ wenig Wehmut" am 23. September folgen.

\* Die linke "Wochen Zeitung" WoZ drischt - einmal mehr - leeres Stroh. In einem halbseitigen Artikel rechnet sie der bösen, bösen AKW-Lobby wieder einmal aus, für wieviel Geld "das Nuklearkartell monatelang schon mit dümmlichen Imagekampagnen auf die öffentliche Meinung eindriecht." Originalkommentar WoZ. Statt dümmlichen Artikeln ohne neue Inhalte würde die WoZ besser daran tun, einmal offenzulegen, wieviel die Inseratenkampagnen der Initianten kosten und woher diese Mittel stammen. Es ist nämlich schwer zu glauben, dass wochenlange Inseratenkampagnen im "Blick" für die Initianten linker Volksbegehren gratis sind. Und dass die WoZ-Zahlen betreffend Aufwand der Initiativen-Gegner völlig aus der Luft gegriffen sind, lässt sich bei entsprechend sorgfältiger Recherche recht einfach herausfinden. Aber eben. Mangels Argumenten scheint man sich auch bei der WoZ zu sagen, dass Angriff die beste Verteidigung sei.

\* Da hat nun also die Europa-Partei der Schweiz - ehemals Sozial-liberale Partei europäischer Föderalisten genannt - die Ja-Parole zur Moratoriumsinitiative beschlossen. Das Moratorium betrifft jedoch nicht etwa einen Schweizer Beitritt zum EWR oder zur EG, sondern die Kernenergie in unserem Land. Das Interesse dieser "föderalistischen Europäer" lässt sich höchstens so erklären, dass dann eben Frankreich noch mehr Atomstrom in die kernenergiefreie Schweiz exportiert. Vive le fédéralisme!

\* SP-Präsident Peter Bodenmann wandelt auf unsicheren Pfaden. Laut "Bund" soll er sich während des Tschernobyl-Reisli linker Parlamentarier aussenpolitisch gründlich danebenbenommen haben. Vor Mitgliedern des Obersten Sowjets der Ukraine soll Bodenmann als Sprachrohr Moskaus aufgetreten sein und ausdrücklich die ukrainische Unabhängigkeitserklärung von Moskau missbilligt haben. Worauf es unter den Anwesenden zu tumultarigen Missfallensäusserungen gekommen sei. Nur komisch, dass Bodenmann punkto Kernkraft weit weniger moskaugläubig ist. Immerhin stehen in der UdSSR immer noch fünfzehn Reaktoren des Tschernobyl-Typs im Betrieb. Staatspräsident Gorbatschow hat ausdrücklich erklärt, ein Stilllegen dieser "Schrott-Reaktoren" komme nicht in Frage. Wir haben vergebens auf den Protest des überzeugten Kernkraftgegners Bodenmann gegen diese Aussagen aus Moskau gewartet...

\* Ein Artikel dieses Pressedienstes inspirierte die Verbandszeitung für Post- und Zollbeamte zu einem Kommentar auf der ersten Seite. Wir fühlen uns geehrt. Ewald Ackermann gefiel es in der wöchentlich in einer Auflage von immerhin 12 000 erscheinenden "PTT+Z" nicht, dass FDP-Presseschefin Anna-Marie Kappeler die Argumente der Initiativbefürworter zerzauste. In heiligem Eifer beschwört Ackermann dann seinerseits Tschernobyl, sanfte Energien und einen Ausstieg aus der Atomenergie. Energie verschleudere, wer im Zusammenhang mit der Atomausstiegs-Initiative die Gefahr einer gelähmten Wirtschaft sehe, meint Ackermann weiter. - So zu denken ist sein gutes Recht. Wir hoffen dennoch und sind fast überzeugt davon, dass nicht alle Beamte so wirtschaftsfern denken wie dieser Kommentator.

\* Keinen Gefallen gefunden bei Grünen und Kernkraftwerkgegnern haben auch die drei Rad- und Wandertouren, welche die Stromwirtschaft vorgestellt hat. Kern- und Wasserkraftwerke aus nächster Nähe besichtigen, heisst die Idee, in der Natur frische Energien tanken und gleichzeitig erleben, wie die leistungsfähige Technik Energie produziert. Ökologie und Wirtschaft sind eben kein Widerspruch. Aber das sehen gewisse Kreise wohl anders. Wer Ein-Themen-Politik betreibt, muss wohl zu diesem einen Thema auch besonders Sorge tragen.

\* Noch in guter Erinnerung ist die von der KKW-Gegnerschaft in Auftrag gegebene Studie über die Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg, die ganz im Sinn der Auftraggeber zu erschreckenden Ergebnissen gelangte und entsprechend in bestimmten Medien gross ausgebreitet wurde. Jetzt liegt die offizielle Stellungnahme der Bundesaufsichtsbehörde, der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), vor. Das Urteil der HSK (der nicht nachgesagt werden kann, sie stehe im Sold der KKW-Betreiber) ist kurz gesagt vernichtend: Die Studie des Öko-Instituts Darmstadt beruhe "in wesentlichem Ausmass auf falschen Grundlagen, lautet einer der Kernsätze. Auch die Aussage, sicherheitstechnisch günstige Eigenschaften des Kernkraftwerks würden nicht berücksichtigt oder sogar ins Gegenteil verkehrt, derweil bei den postulierten Unfallszenarien von extrem ungünstigen Annahmen ausgegangen wird, rückt die Anti-Mühleberg-Studie in ein doch eher schiefes Licht.

D. Kurz-Schluss